



Grüß Gott liebe Freunde,

die Wahl zum Bayerischen Landtag und Bezirkstag ist geschlagen. Wir mussten stark Federn lassen, dennoch konnten wir unsere Direktmandate trotz harter Konkurrenz alle gewinnen. Herzliche Gratulation geht deshalb an die neu gewählten Landtagsabgeordneten, Petra Högl (KEH), Dr. Petra Loibl (DGF/LA) und an den wiedergewählten Helmut Radlmeier (LA) sowie an die Bezirksrätinnen Hannelore Langwieser (KEH), Monika Maier (DGF/LA) und Martina Hammerl (LA) – abgesehen von Helmut Radlmeier also geballte Frauenpower!



© Florian Obner MdB

Unsere Landräte waren diese Woche zu Besuch in Berlin: Auch wenn der Bund kein konkretes Durchgriffsrecht auf die Kommunen hat, so wirken sich doch viele Entscheidungen des Bundestages konkret auf die Kommunen aus. Wir konnten mit zahlreichen Maßnahmen die Kommunen um über 5 Milliarden Euro in den letzten Jahren entlasten. Der enge Austausch war deshalb besonders wertvoll.

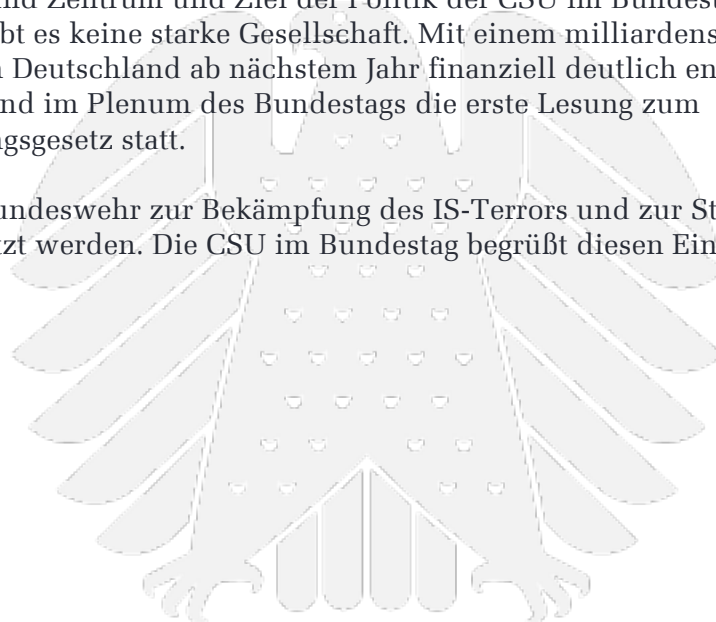
Zudem durfte ich diese Woche im Plenum zur Diesel-Debatte Stellung nehmen (nachzusehen auf facebook oder auch in der Mediathek des Deutschen Bundestages): Es wird Zeit, diese Diskussion endlich zu versachlichen - wir hatten in unseren Städten seit der Industrialisierung noch nie so saubere Luft wie heute. Das bestreitet keiner, nicht mal der größte Diesel-Kritiker. Dennoch wollen wir natürlich weiter verbessern.



© Florian Obner MdB

Starke Familien sind Zentrum und Ziel der Politik der CSU im Bundestag. Denn ohne starke Familien gibt es keine starke Gesellschaft. Mit einem milliardenschweren Paket sollen Familien in Deutschland ab nächstem Jahr finanziell deutlich entlastet werden. Am Donnerstag fand im Plenum des Bundestags die erste Lesung zum Familienentlastungsgesetz statt.

Der Einsatz der Bundeswehr zur Bekämpfung des IS-Terrors und zur Stabilisierung des Iraks soll fortgesetzt werden. Die CSU im Bundestag begrüßt diesen Einsatz ausdrücklich.



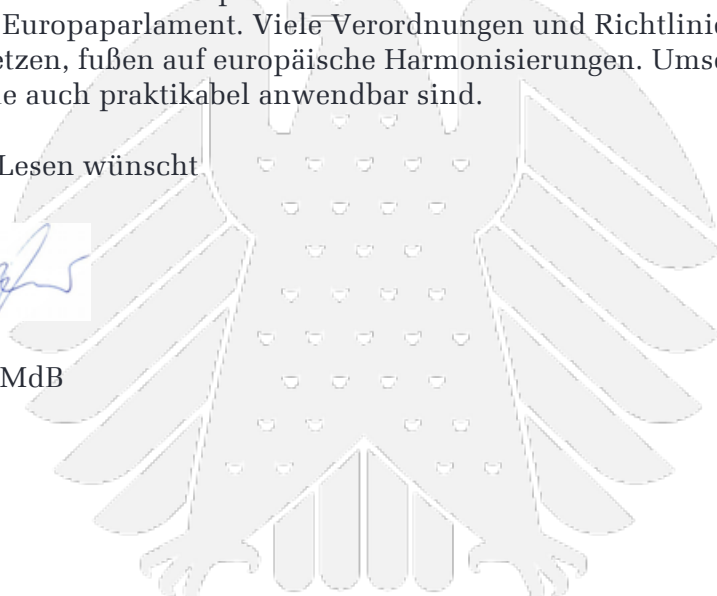


© Florian Obner MdB

Außerdem hatten wir als Verkehrspolitiker einen intensiven Austausch mit unseren Kollegen aus dem Europaparlament. Viele Verordnungen und Richtlinien, welche wir in Deutschland umsetzen, fußen auf europäische Harmonisierungen. Umso wichtiger ist es, dass diese am Ende auch praktikabel anwendbar sind.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Florian Obner MdB





Gastbeitrag Bayernkurier

Die CSU ist der politische Taktgeber in Deutschland



© picture alliance / nurphoto

Die Bürger entlasten, die Heimat schützen und den Wohlstand sichern. Mit ihrer Politik stellt die CSU die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft, schreibt Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, im aktuellen Bayernkurier.

Die vergangenen Monate haben klar gezeigt: Die CSU im Bundestag ist der bürgerlich-konservative Taktgeber der Politik in Berlin. Wir haben mit unserer traditionellen Klausurtagung in Kloster Seeon das politische Jahr kraftvoll eröffnet und unsere Positionen für eine neue Regierung im Bund klar formuliert. Wir haben diese Positionen in den Koalitionsverhandlungen mit CDU und SPD durchgesetzt und einen christlich-sozial geprägten Koalitionsvertrag mit soliden Finanzen, breiten Entlastungen, einer Rekordförderung für Familien, dem Bayern-Standard bei der Sicherheit, einer Begrenzung der Zuwanderung und einem digitalen und wirtschaftlichem Aufbruch für den Wohlstand von morgen erreicht. In zahlreichen Themenfeldern haben wir bereits konsequent geliefert. Wir haben einen Rekordhaushalt mit spürbaren Entlastungen, kräftigen Investitionen in Infrastruktur und Innovationen und schwarzer Null durchgesetzt. Wir haben eine Wohnraumoffensive mit Baukindergeld und Sonder-Abschreibung für neue Wohnungen gestartet. Und wir haben den Anspruch auf Familiennachzug für subsidiär Geschützte abgeschafft, die Mittel zur



Fluchtursachenbekämpfung gesteigert und einen Masterplan Migration vorgelegt. Damit haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen, um in dieser Wahlperiode das Leben der Menschen in unserem Land weiter spürbar zu verbessern, unsere wirtschaftliche und soziale Stärke für die Zukunft weiter fortzuschreiben und für Recht und Ordnung zu sorgen. Jetzt geht es darum, das konsequent fortzusetzen. Dabei bekennen wir uns klar zur bürgerlichen Mehrheit, zur politischen Mitte in unserem Land. Denn Deutschland besteht nicht aus politischen Rändern – auch wenn die besonders laut sind –, sondern vor allem aus Millionen an Menschen, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit gehen, aus Millionen an jungen Menschen, die Familien gründen und Kinder großziehen, und aus engagierten Unternehmern und Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand ermöglichen. Diese Menschen dürfen nicht zur vergessene Mitte in unserem Land werden – sie sind im Zentrum unserer Politik. Das ist unser Auftrag als CSU und den setzen wir um.

Die Menschen entlasten

Das heißt, gerade in Zeiten höchster Steuereinnahmen, zu allererst: Entlasten. Es ist an der Zeit, all denen, die das Steuergeld erwirtschaften und erarbeiten, etwas zurückzugeben. Solide Finanzen bedeuten nicht, Rekordsteuereinnahmen zu horten, sondern Einnahmen und Ausgaben, Steuern und Entlastungen im Gleichgewicht zu halten. Dieses Gleichgewicht stimmt im Moment nicht und das müssen wir ändern. Wer bei Überschüssen Entlastungen verweigert oder sogar Steuererhöhungen fordert, handelt nicht solide, sondern leistungsfeindlich – und das ist mit uns nicht zu machen. Wir bringen die Netto-Frage zurück auf die Agenda der Politik. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte senken. Angesichts immer weiter steigender Rücklagen, haben wir als CSU klar gesagt: Sozialkassen sind keine Sparkassen. Wir brauchen eine deutlich stärkere Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags. Und wir haben uns durchgesetzt. Zum 1. Januar 2019 senken wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung jetzt um 0,5 Prozentpunkte und entlasten dadurch die Beitragszahler um 6 Milliarden Euro. Darüber hinaus bauen wir für 2019 und 2020 die kalte Progression ab und sorgen damit für eine Entlastung von über 4 Milliarden Euro. Wir erhöhen das Kindergeld in zwei Schritten um 25 Euro pro Monat und Kind und passen auch den Kinderfreibetrag entsprechend an. Außerdem führen wir die paritätische Krankenversicherung wieder ein, so dass die Beiträge wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Auch das ist eine echte, spürbare Entlastung. Jetzt geht es darum, dass wir den nächsten Schritt gehen – und den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen. Die Politik hat den Menschen in unserem Land immer wieder versprochen, dass der Soli befristet erhoben wird. Wir als CSU im Bundestag fordern deshalb, dass wir mit dem Beschluss für die erste Stufe der Abschaffung im Jahr 2021 auch ein klares Enddatum zum Auslaufen des kompletten Soli festlegen. Der Soli gehört nicht mehr auf die Gehaltsabrechnung der Menschen, sondern in die Geschichtsbücher unseres Landes.



Die Wirtschaft stärken

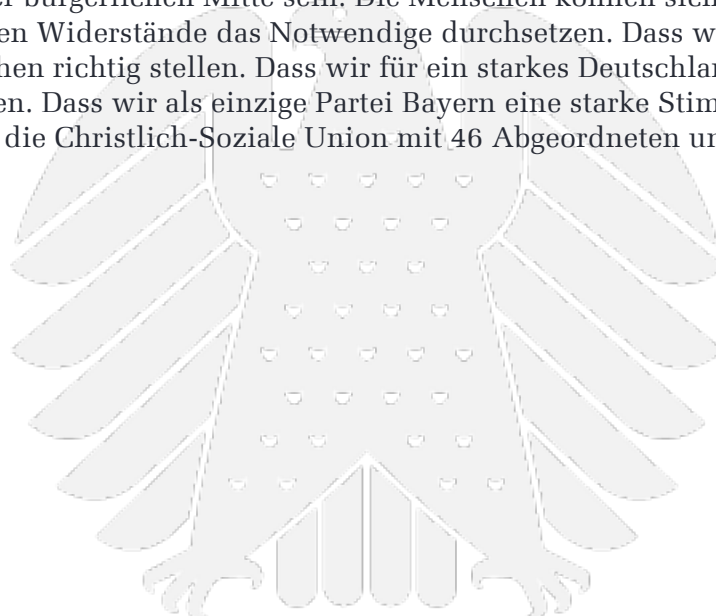
Deutschland ist eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt – und der Motor hinter dieser Stärke heißt Bayern. Unsere Weltmarktführer, unsere Industrie genauso wie unser Mittelstand haben uns auch dieses Jahr wieder zum Exportweltmeister gemacht. Aber dieser Erfolg ist nicht selbstverständlich. Erfolg braucht gute Rahmenbedingungen und dafür muss die Politik sorgen. Dazu gehört zunächst eine funktionierende, moderne Infrastruktur. Deshalb haben wir in der letzten Wahlperiode einen Investitionshochlauf gestartet und die Investitionen in unsere Infrastruktur um 40 Prozent gesteigert. Jetzt geht es darum, diese Investitionen zu verstetigen, das in der letzten Wahlperiode erreichte Rekordniveau dauerhaft zu halten und in konkrete Projekte auf der Straße, der Schiene und der Wasserstraße umzusetzen. Das Nadelöhr sind dabei nicht mehr die Finanzen, sondern die Planungen. Deshalb haben wir ein Planungsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht, mit dem wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren einfacher, effizienter, transparenter und vor allem schneller machen. Auch beim Glasfaserausbau setzen wir die Rekordförderung aus der letzten Wahlperiode fort. Dafür haben wir bereits einen Digitalfonds aufgesetzt und mit einer Anschubfinanzierung von 2,4 Milliarden Euro ausgestattet. Diese Summe wollen wir deutlich steigern und auf rund 12 Milliarden Euro aufstocken, damit jede Region, jede Schule, jedes Unternehmen einen Gigabitanschluss erhält. Gleichzeitig müssen wir auch die Unternehmensbesteuerung wieder stärker in den Blick nehmen. Frankreich und die USA haben bereits deutliche Entlastungen umgesetzt – und auch Großbritannien plant, die Steuern erheblich zu senken. Wenn wir nicht handeln, hat Deutschland bald einen der höchsten Unternehmenssteuersätze im internationalen Vergleich. Deshalb müssen wir auch offen diskutieren, wie wir die effektive Gesamtsteuerlast der Unternehmen in Deutschland verringern, indem wir beispielsweise den Körperschaftsteuersatz überprüfen. Auch die zentrale Zukunftsherausforderungen Fachkräftemangel gehen wir an. Unsere Handwerksbetriebe und Unternehmen vor Ort suchen Fachkräfte und Auszubildende – und finden oft keine. Das müssen wir ändern. Im Vordergrund steht dabei für uns immer Exzellenz bei der Ausbildung in Deutschland und der EU, die Mobilisierung inländischer und europäischer Potenziale. Daher ist es wichtig, dass wir das deutsche Berufsbildungssystem nachhaltig stärken und weiterentwickeln und dass wir die Anwerbeinitiative innerhalb der EU verstärken. Wenn dadurch der Fachkräftebedarf nicht gedeckt werden kann, kann über ein Fachkräftezuwanderungsgesetz die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte gesteuert werden. Dabei muss klar sein: Wir können nicht jeden nehmen, der kommen will, sondern suchen die aus, die wir brauchen. Einen sogenannten „Spurwechsel“ von abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerbern lehnen wir ab, da er weitere Anreize schaffen würde für illegale Migration nach Deutschland.

Migration begrenzen

2015 sind hundertausende Flüchtlinge über die Grenze nach Bayern gekommen. Wir haben diese Menschen aufgenommen und versorgt. Jeder bekam ein Dach über dem Kopf, alle sind menschenwürdig behandelt worden. Das ist das Verdienst von tausenden



ehrenamtlichen Helfern – und von der CSU-geführten Bayerischen Staatsregierung. Das werden wir auch weiter so halten. Wer unseren Schutz braucht, wird unseren Schutz bekommen. Dazu gehört aber auch, dass wir die abweisen und abschieben, die nicht bleiben können. Nur dadurch können wir auch die Akzeptanz und die Bereitschaft in der Öffentlichkeit erhalten, Schutzbedürftigen Hilfe zu gewähren. Deshalb müssen wir Zuwanderung begrenzen und Migration steuern, Asylverfahren beschleunigen und Abschiebungen erhöhen. Mit dem Masterplan Migration von Horst Seehofer haben wir dafür jetzt einen klaren Fahrplan, den wir jetzt auch umsetzen werden. Dazu gehört, dass wir die sicheren Herkunftsstaaten um Marokko, Tunesien, Algerien und Georgien erweitern und zukünftig auch weitere Länder, bei denen die Anerkennungsquote regelmäßig unter fünf Prozent liegt, in die Liste aufnehmen. Die AnKER-Zentren müssen in ganz Deutschland realisiert werden, um so Antragstellung, Asylentscheidung und Abschiebung an einem Ort zentral abzuwickeln. Darüber hinaus bekämpfen wir die Fluchtursachen in den Herkunftsländern, haben die Entwicklungshilfe auf ein neues Rekordhoch gehoben und allein im aktuellen Haushalt um 900 Millionen Euro gesteigert. Genau da werden wir weitermachen und wollen den BMZ-Haushalt für das nächste Jahr noch einmal um eine Milliarde Euro erhöhen. Wir haben einen klaren Auftrag und ein klares Arbeitsprogramm: In Zeiten massiven Migrationsdrucks müssen wir unsere Heimat und kulturelle Stabilität schützen. In Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung müssen wir unseren Wohlstand sichern. In Zeiten lautstarker politischen Ränder müssen wir der Anwalt der bürgerlichen Mitte sein. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir auch gegen Widerstände das Notwendige durchsetzen. Dass wir für Bayerns Zukunft die Weichen richtig stellen. Dass wir für ein starkes Deutschland kämpfen, von dem alle profitieren. Dass wir als einzige Partei Bayern eine starke Stimme geben im Bund. Dafür steht die Christlich-Soziale Union mit 46 Abgeordneten und vier Ministern in Berlin.





Entlastungen

Rekordentlastungen für Familien



© picture alliance / imagebroker

Mit einem milliardenschweren Paket sollen Familien in Deutschland ab nächstem Jahr finanziell deutlich entlastet werden. Am Donnerstag, den 11. Oktober 2018, fand im Plenum des Bundestags die erste Lesung zum Familienentlastungsgesetz statt.

Starke Familien im Zentrum

Starke Familien sind Zentrum und Ziel der Politik der CSU im Bundestag. Denn ohne starke Familien gibt es keine starke Gesellschaft. Entlastungen für Familien gehören daher nicht auf die lange Bank, sondern ganz nach oben auf die Agenda. Deshalb hat die CSU im Bundestag bereits in den Koalitionsverhandlungen eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags durchgesetzt. Das nun von der Bundesregierung vorgelegte Familienentlastungsgesetz trägt daher eine klare christsoziale Handschrift. Der aktuelle Gesetzentwurf soll die Steuerbelastung für Familien in den Jahren 2019 und 2020 um insgesamt 9,8 Milliarden Euro senken. Das ist ein echter Meilenstein. Zu den einzelnen Maßnahmen gehört unter anderem eine Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro monatlich ab Juli nächsten Jahres. Zum 1. Januar 2021 erfolgt eine weitere Erhöhung um insgesamt 15 Euro.



CSU löst Wahlversprechen ein

Außerdem werden die steuerlichen Kinderfreibeträge ab 1. Januar 2019 von derzeit 7.428 Euro um 192 Euro auf 7.620 Euro angehoben. 2020 steigt der Kinderfreibetrag dann um weitere 192 Euro auf dann 7.812 Euro. Zur Sicherstellung der Freistellung des steuerlichen Existenzminimums wird der Grundfreibetrag ebenfalls erhöht. 2019 erfolgt eine erste Erhöhung um 168 Euro, 2020 um weitere 240 Euro. Die CSU im Bundestag geht auch die kalte Progression an. Um diese auszugleichen, werden künftig die Eckwerte des Einkommenstarifs verschoben, wodurch es zu einer Entlastung der Steuerzahler kommt. In seiner Plenarrede zeigte sich CSU-Finanzpolitiker Hans Michelbach sehr zufrieden mit dem Erreichten und stellte fest, dass diese Legislaturperiode gut für Kinder und Familien werde. Mit dem Familienentlastungsgesetz löse die CSU im Bundestag ihr zentrales Wahlversprechen ein, Familien zu stärken und zu entlasten, so Michelbach.

Bundeswehr

Mandat zur Bekämpfung des Islamischen Staats soll verlängert werden



© picture alliance / dpa



Der Einsatz der Bundeswehr zur Bekämpfung des IS-Terrors und zur Stabilisierung des Iraks soll fortgesetzt werden. Am Donnerstag, den 11. Oktober 2018, wurde der Einsatz erstmalig im Bundestag beraten.

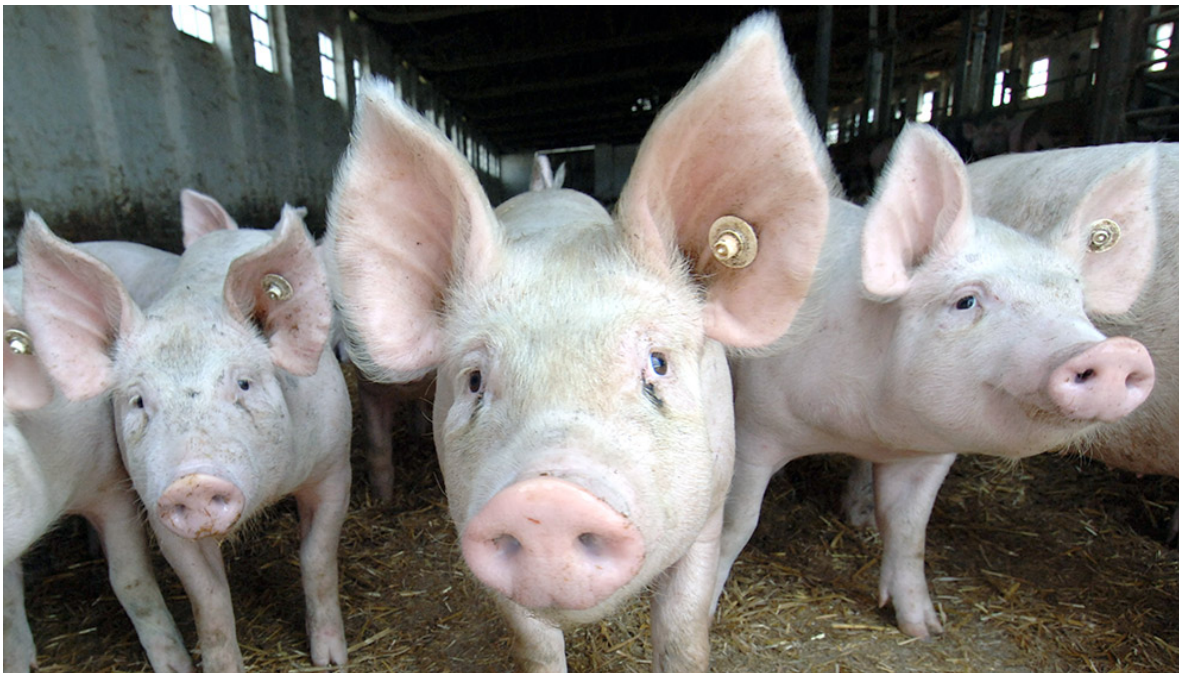
Bundeswehr leistet einen wichtigen Beitrag bei der Stabilisierung des Irak

In Syrien und im Irak sind zwar große Erfolge im Kampf gegen die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) erzielt worden, die Organisation verlagert ihre Aktivitäten aber zunehmend in den Untergrund und baut dort Netzwerke und Strukturen neu auf. Der IS ist daher weiterhin in der Lage, Anschläge in Syrien und dem Irak, aber auch in Europa zu verüben. Den Kampf gegen den Islamischen Staat gilt es daher energisch fortzuführen. Der Bundestag hat am Donnerstag in erster Lesung den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks beraten, bei dem künftig bis zu 800 Bundeswehrsoldaten eingesetzt werden können. Die Soldaten sollen Aufgaben zur Einsatzunterstützung, wie zum Beispiel die Luftbetankung und die See- und Luftraumüberwachung etwa durch Beteiligung an AWACS-Flügen der NATO übernehmen, deren Daten an die internationale Koalition gegen den Islamischen Staat weitergegeben werden sollen. Im Mittelpunkt soll zudem weiterhin der Fähigkeitsaufbau der regulären irakischen Streit- und Sicherheitskräfte stehen. Diese Ausbildung könne im gesamten irakischen Staatsgebiet „in einer angemessenen Balance zwischen der irakischen Zentralregierung und – in Absprache mit dieser – der Regierung der Region Kurdistan-Irak erfolgen. Dabei stehen Maßnahmen zum Fähigkeitsaufbau in Zentralirak eindeutig im Vordergrund“, heißt es im Antragstext der Bundesregierung. In seiner Rede unterstrich Verteidigungspolitiker Reinhard Brandl (CSU) die praktischen Implikationen der deutschen Mission. So verfügten die irakischen Streitkräfte zwar über die Gerätschaften um ABC-Kampfstoffe aufzuspüren und zu beseitigen, jedoch mangle es den irakischen Soldaten an Erfahrung und Training diese Kampfmittelbeseitigung tatsächlich durchzuführen. Die Bundeswehr schult die irakische Armee daher im Umgang mit ABC-Kampfmitteln. Brandl begrüßt die Verlängerung des Mandats ausdrücklich.



Ferkelkastration

Konkurrenzfähigkeit deutscher Landwirte erhalten



© picture alliance / ZB

Die betäubungslose Ferkelkastration darf nun doch noch bis zum Jahr 2020 durchgeführt werden. Danach verlangt das Tierschutzgesetz nach einer Alternative.

Tierschutz und Interessen der Landwirte in Einklang bringen

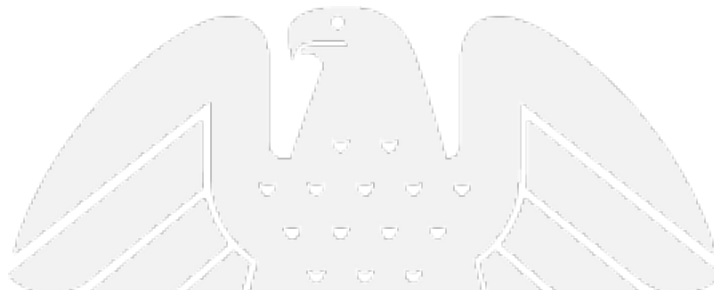
Der Koalitionsausschuss hat am 1. Oktober beschlossen, die sogenannte Ferkelkastration noch für zwei weitere Jahre betäubungslos zuzulassen. Ursprünglich sieht das Tierschutzgesetz vor, dass die Ferkelkastration ab 2019 nur noch mit Betäubung vorgenommen werden darf. Theoretisch stehen inzwischen drei Alternativverfahren für den betäubungslosen Eingriff zur Verfügung, unter anderem die Vollnarkose oder die Immunokastration, aber alle drei Verfahren weisen Nachteile auf. So entstehen dem Landwirt hier nicht unerheblich zusätzliche Kosten, zudem können die Betäubungen bisher nur durch Tierärzte vorgenommen werden. Die Ferkelkastration ist deshalb unumgänglich, weil das Fleisch männlicher, nicht kastrierter Schweine einen derart starken Eigengeruch hat, dass es nicht für den Verkauf bzw. Verzehr geeignet ist. „Klar ist: Wir brauchen Lösungen, um den gesellschaftlichen Anspruch an eine tiergerechte



Ferkelerzeugung, an den Verbraucherschutz und an eine existenzfähige einheimische Sauenhaltung in Einklang zu bringen“, so Marlene Mortler, landwirtschaftspolitische Sprecherin der CSU im Bundestag.

Praktikable Lösung für Ferkelerzeuger ermöglichen

Die kommenden zwei Jahre, die nun noch als Übergangszeit gewährt wurden, sollen genutzt werden, um eine praxistaugliche Methode für die Kastration durchzusetzen. Vor allem kleinen und mittleren Betrieben soll durch die lokale Betäubung des Tieres eine kostengünstigere Alternative ermöglicht werden. Bisher ist die lokale Betäubung durch Landwirte verboten, da muss nun schnellstmöglich eine Änderung herbeigeführt werden. In Dänemark dürfen Landwirte seit 2018 auf freiwilliger Basis die Ferkelkastration durchführen. Fakt ist, wenn bis 2020 keine Lösung für die deutschen Landwirte gefunden wird, sind gerade die kleinen und mittleren Betriebe nicht mehr konkurrenzfähig. Dann wird der Anteil der nach Deutschland importierten Ferkel deutlich steigen, denn in Osteuropa ist die betäubungslose Kastration weiterhin erlaubt. Diese Wettbewerbsnachteile für deutsche Landwirte wird die CSU im Bundestag jedoch verhindern.



Impressum

Herausgeber: Florian Ossner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: florian.ossner@bundestag.de

Fax: 030 / 227 76 999

